

Zankapfel Mensaessen

Stadtrat wirft Verwaltung Blockadehaltung vor Neue Ausschreibung des Auftrags in Arbeit

Konstanz - Das Mensaessen für die Konstanzer Gymnasien wird zum Zankapfel zwischen Gemeinderat und Stadtverwaltung. Stadträte warfen der Verwaltung vor, sie sperre sich gegen den Beschluss, künftig regionaler Kost den Vorzug zu geben. Die Stadtverwaltung bleibt bei ihrer Auffassung, sie könne wegen der Pflicht zur europaweiten Ausschreibung kein Regionales fordern. Im Rat gelang lediglich ein Beschluss auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Demnach soll die Verwaltung schon jetzt die europaweite Ausschreibung der Essensversorgung ab Herbst 2011 vorbereiten. Parallel dazu sollen Eltern die Gelegenheit haben, einen Mensaverein zu gründen, der die Essensversorgung in eigener Regie organisieren und direkt mit Regionalanbietern zusammenarbeiten kann. Anders als für die öffentliche Verwaltung gelten für einen Mensaverein nicht die Vorschriften zur europaweiten Ausschreibung. Mütter und Väter hätten zur Vereinsgründung voraussichtlich nun doch nicht nur bis September, sondern bis Oktober dieses Jahres Zeit.

Hintergrund für die Debatte ist das Ausscheiden des bisherigen Essenslieferanten *Apetito* im westfälischen Rheine. Das bundesweit tätige Unternehmen hatte nach massiver Kritik von Eltern an der Qualität des tiefgefrorenen Essens und Zweifeln an der Umweltfreundlichkeit der langen Transportwege auf eine Vertragsverlängerung verzichtet. Im Gegenzug wollte Bürgermeister Claus Boldt die Eltern in die Pflicht nehmen: In einem Brief forderte er den Gesamtelternbeirat auf, bis September einen Verein zu gründen und die Essensversorgung zu übernehmen. Dem Brief war ein umfangreicher Leistungskatalog angehängt.

Till Seiler (Freie Grüne Liste) nannte das Vorgehen von Boldt „unmöglich“. Es gehe ihm darum, die Eltern vorzuführen. Seiler beklagte, die Verwaltung sei nicht bereit, die Forderung der Politik nach regionaler Kost zu erfüllen. Er verwies auf Experten, die Erfahrung damit haben. Die Verwaltung habe mit ihrer Blockadehaltung Zeit verschwendet, kritisierte Jürgen Leipold (SPD). Auch einzelne Formulierungen im Brief von Boldt an die Eltern erzürnten Stadträte: Regine Rebmann (Freie Wähler) beklagte, es sei wohl vor allem darum gegangen, den Eltern Angst vor der Aufgabe zu machen. „Das klingt nach dem Abwürgen der Dinge“, sagte Heinrich Fuchs (CDU).

Christiane Kreitmeier (Freie Grüne Liste) bekannte, sie habe die Idee, die Essensversorgung in die Hände eines Elternvereins zu legen, ins Spiel gebracht. Sie zeigte sich enttäuscht, dass die Verwaltung nicht schon vor Monaten die Idee aufgegriffen habe, um die Eltern dafür zu gewinnen. Sie forderte, bei der nächsten Ausschreibung externe Berater hinzuzuziehen, die wissen, wie ökologische und soziale Kriterien berücksichtigt werden können. Nach der Sommerpause steht das Thema erneut auf der Tagesordnung.